



Newsletter

Oktober 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

da im Oktober traditionell 2 Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden, berichte ich hier entsprechend "doppelt". Beide Straßburg-Wochen waren für mich insofern besonders, als mich beim ersten Mal gute Freunde und beim zweiten Mal Mitschüler aus meiner Abiklasse nebst Ehepartnern besucht haben.

Inhaltlich geht der Gesetzes-Countdown weiter, die Sitzungsdichte nimmt stetig zu, denn alles soll möglichst noch bis Gründonnerstag - letzter Plenumstag und damit letzte Möglichkeit, etwas abzustimmen - fertig werden. Und dabei soll auch noch Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen...

Erfreulich für uns Freie Demokraten war der Wiedereinzug in den bayrischen Landtag nach der außerparlamentarischen Durststrecke. Jetzt sind wir gespannt auf den Ausgang der Hessen-Wahl. Und in den einzelnen Bundesländern werden nach und nach die Spitzenkandidaten für unsere Bundesliste zur Europawahl gekürt, in Niedersachsen läuft sich mein ehemaliger Landtagskollege Jan-Christoph Oetjen als mein Nachfolger warm. Sorge bereitet uns allen, dass beim Brexit keine Lösung in Sicht ist und der Sondergipfel im November abgesagt wurde. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen!

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Nutzenbewertung von Gesundheitstechnologien (ALDE Schattenberichterstatterin)	Seite 3
Untragbar: Parlamentsstandpunkt zu CO2-Flottenstandards für PKWs, leichten Nutzfahrzeugen und LKW	Seite 3
Debatte mit dem Premierminister Jüri Ratas aus Estland	Seite 3
Brexit darf keinen Engpass für Patientenversorgung in der EU auslösen	Seite 4
Gastrede von Klaus Iohannis, Präsident Rumänien	Seite 4
Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi	Seite 5
Zulassung von Tierarzneimitteln	Seite 5
Situation in Venezuela	Seite 6
Verbot von Plastikprodukten	Seite 6

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (ALDE Berichterstatterin)	Seite 8
SEARICA: Die richtige Ausbildung für die Blaue Wirtschaft	Seite 8
Schlechte Nachrichten für den Patentschutz? Aufhebung zusätzlicher Patente für Arzneimittel (ALDE Schattenberichterstatterin)	Seite 9
InvestEU: ein neues Investitionsprogramm für Europa (ALDE Schattenberichterstatterin)	Seite 9
Wie können wir unsere Ozeane wirtschaftlich und gleichzeitig nachhaltig nutzen?	Seite 10
Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform	Seite 10

III. Aus Deutschland und aller Welt

BBC Kent Interview über den Brexit	Seite 11
Santo Domingo: Konferenz des Liberalen Netzwerks Lateinamerika (RELIAL)	Seite 11

IV. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Nutzenbewertung von Gesundheitstechnologien (ALDE Schattenberichterstatlerin)

In meinem letzten Newsletter berichtete ich über das Thema ausführlich. Bis auf ein paar Klarstellungen und Korrekturen ist eine Verbesserung des Textes mit breiter Mehrheit im ersten Oktoberplenium verabschiedet worden. Es liegt nun am Rat, einen Vorschlag zu verabschieden, der als Verhandlungsgrundlage mit dem Parlament dient. Dies ist realistisch nicht vor Mitte 2019 zu erwarten, sodass in dieser Wahlperiode kein Ergebnis mehr zu erwarten ist.

Untragbar: Parlamentsstandpunkt zu CO2-Flottenstandards für PKWs, leichten Nutzfahrzeugen und LKW

Bis auf die Tatsache, dass das Parlament „nur“ 40 Prozent anstatt 45 Prozent CO2-Reduktion in 2030 fordert, hat sich leider nichts geändert. Mit knappen Mehrheiten bestätigten eine Koalition von Grünen, Sozialdemokraten, ein großer Teil der ALDE Fraktion und Linken die Forderungen des Umweltausschusses, auch die Quote für Elektroautos. Obgleich der Parlamentsbeschluss auf tönernen Füßen ruht, wird nun hier als nächstes mit dem Rat verhandelt. Die FDP hat aus bekannten Gründen im Plenum gegen den Berichtsentwurf gestimmt.

Parallel dazu laufen die Diskussionen über die Flottenstandards von LKWs. Hier hat der federführende Umweltausschuss inzwischen seinen Standpunkt verabschiedet. Das Ergebnis ist ähnlich bestürzend wie unrealistisch. Demnach sollen LKWs bis 2025 20% und bis 2030 35% weniger CO2 emittieren. Außerdem fordert der Umweltausschuss hier ebenfalls eine Quote für Elektro-LKWs. Anders als bei PKWs und Kleintransportern sind wir jedoch bei LKWs weit davon entfernt, eine marktfähige und rentable Alternative mit Elektro-LKWs zu haben. Die Technologie-Neutralität, die ich in der Debatte um die CO2-Reduktion seit langem fordere, ist leider nicht berücksichtigt worden. Würde der Straßenverkehr in den EU-Emissionshandel einbezogen werden, stellte sich die Frage nach der Technologie nicht, da diese nicht politisch vorgegeben werden muss. Sollten diese unverhältnismäßigen Forderungen oder Quoten im Plenum mehrheitsfähig sein, wird die FDP auch hier gegen den Bericht stimmen.

Debatte mit dem Premierminister Jüri Ratas aus Estland

Am 3. Oktober sprach der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas in der Plenardebatte über die Zukunft Europas. In seiner Eröffnungsrede, in der er Deutschland zum 20-jährigen Jubiläum des Mauerfalls und des Deutschen Einheitstages gratulierte, ging es um die europäische Einheit und darum, wie die gemeinsamen Werte und die Grenzenlosigkeit Europas durch aktuelle Themen stark bedroht werden.

Deshalb nannte der estnische Premierminister drei Bereiche, in denen ein zukünftiges Europa seine Bemühungen verstärken sollte: Erstens, die Wahrung der Einheit in Europa, zweitens, die Stärkung des Einflusses der EU auf den Weltmarkt und drittens, die Verbesserung von Europas innerer und äußerer Sicherheit. Die zunehmend komplizierten Brexit-Verhandlungen und der aufkommende Populismus bedrohen die Einheit Europas und unsere gemeinsamen Ziele. Ratas wiederholte die Worte des irischen Sängers Bono: Europa sei 'viel mehr als nur ein geographisches Gebiet'. Hiermit betonte er die Einzigartigkeit der Vielfalt Europas.

Die Rede von Ratas wurde für ihre Vision eines vereinten Europas, das auf gemeinsamen Werten und Einigkeit basiert, sowie für die Warnung vor Cyber- und konventionelle Sicherheitsbedrohungen gelobt. Die Nachbarschaft zu Russland führt dazu, dass Estland an vorderster Front kollektive Sicherheitsmaßnahmen an den Außengrenzen und gegen Cyber-Verstöße fordert. Schließlich war es eines der ersten Länder der Welt, das von einem vollständigen Cyberangriff betroffen war. Dies wurde vom ALDE-Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt nochmal unterstrichen: Die baltischen Staaten seien die erste Linie "gegen Wladimir Putins Russland" und bräuchten deswegen dringend Unterstützung eines vereinten Europas. Verhofstadt forderte Ratas und die Abgeordneten auf, eine glaubwürdige und starke Außenpolitik und Verteidigung zu schaffen, um die Sicherheit an den europäischen Grenzen zu gewährleisten.

Brexit darf keinen Engpass für Patientenversorgung in der EU auslösen

Weniger Zulassungsstellen für Medizinprodukte durch den Brexit und erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Medizinprodukte-Verordnung könnten einen Engpass in der medizinischen Versorgung von Patienten in der EU auslösen. Diese Bedenken habe ich in der Debatte um eine mündliche Anfrage an die Kommission zur Implementierung der Medizinprodukte-Verordnung, die im Mai 2020 Anwendung finden soll, geäußert.

Um Patienten in der EU künftig mehr Sicherheit zu bieten, müssen Hersteller mehr Medizinprodukte zu höheren Standards bei sogenannten ‚benannten Stellen‘ – in Deutschland etwa der TÜV – zertifizieren lassen. Allerdings sind diese schon jetzt überlastet und es gibt tendenziell immer weniger in der EU. Mit dem Brexit fallen zusätzliche benannte Stellen weg. Das ist besorgniserregend, da bis jetzt ist keine einzige benannte Stelle designiert worden, um gemäß der neuen Verordnung zu zertifizieren. Mit dem Brexit fallen weitere 7 von 58 benannte Stellen weg. Es ist absehbar, dass 2020 nicht alle Medizinprodukte zertifiziert werden können und damit grundlegend Engpässe bei der Patientenversorgung entstehen. Knie- oder Hüftgelenke dürften nicht mehr implantiert werden, Skalpelle oder andere Standard-Instrumente könnten nicht mehr eingesetzt werden. Die Kommission muss handeln, notfalls in Form einer Verlängerung des Anwendungsdatums.

Die neue Medizinprodukte-Verordnung gilt seit 2017 und ist eine Überarbeitung der 25 Jahre alten Medizinprodukte-Richtlinie. Sie erneuert grundlegende Sicherheitsanforderungen für alle Medizinprodukte, vom Skalpell über Herzschrittmacher oder Kniegelenke. Ich finde es sehr wichtig, dass die Medizinprodukte-Verordnung zügig umgesetzt wird. Dazu gehört auch, dass in der Umsetzungsphase die benannten Stellen schnell arbeitsfähig sind. Nur so können sich Hersteller auf die Zertifizierung vorbereiten. Es muss mit allen Mitteln vermieden werden, dass OP-Instrumente wegen administrativer Schwierigkeiten nicht mehr zu Verfügung stehen. Eine Änderung des Anwendungsdatums wäre theoretisch einfach machbar.

Gastrede von Klaus Iohannis, Präsident Rumänien

Am 23. Oktober war auch der rumänische Präsident Klaus Iohannis im Europäischen Parlament in Straßburg zu Gast. Die Zukunft Rumäniens sei eng mit der Zukunft der Europäischen Union verbunden. Er rief wie gewöhnlich zur Einheit, trotz aller Vielfalt, in Europa auf und zur Zusammenarbeit bei Grenzsicherheit, Cybersecurity, Digitalisierung, Migration und den Kampf gegen Populismus. Vor allem in der Digitalisierung des Binnenmarktes und bei der Entwicklung digitaler Sicherheitssoftware und -Maßnahmen spielt Rumänien eine Vorreiterrolle. Aus diesem Grund rief Iohannis hier zur Zusammenarbeit auf. Iohannis bekundete auch seine Hoffnungen auf den Beitritt Rumäniens zur Schengen-Zone während

Rumäniens erster Präsidentschaft des Rates von Europa.

Während seiner Rede thematisierte Iohannis allerdings nicht das augenfälligste Problem Rumäniens, nämlich die Unsicherheit des rumänischen Rechtsstaates und die anhaltende Korruption. Stattdessen wies er auf die wachsende pro-Europa Meinung unter rumänischen Jugendlichen und die wachsende Unterstützung für die Union in ganz Europa hin. Obwohl viele Abgeordnete im Plenum den rumänischen Präsidenten und seinen Optimismus lobten, wurde auch an die internen Probleme in seinem Land appelliert. Die Zukunft Rumäniens, die eng mit der Europäischen Union verbunden ist, braucht auch eine Veränderung in Rumänien selbst. Dort sollte die Rechtsstaatlichkeit garantiert werden und die bestehende Korruption schnellstmöglich bekämpft werden.

Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi

Das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi am 2. Oktober ist natürlich auch im Europaparlament ein großes Thema. Viele betrachten sein Verschwinden nicht als Zufall, wenn man seine umstrittene Vergangenheit als Hauptkritiker des saudischen Regimes bedenkt. Diese angeblich außergerichtliche Tötung von Khashoggi ist aber nicht nur ein Mord an einem unschuldigen Journalisten, sondern auch ein Angriff auf grundlegende Menschenrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit.

Deswegen hielt die Hohe Vertreterin für Außenpolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini am 23. Oktober, eine Rede zum Mord an Khashoggi. Sie verurteilte den Mord, indem sie sagte: „Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Redefreiheit stärken den Staat, statt ihn zu schwächen“. Durch eine fraktionsübergreifende Resolution gab es eine eindeutige Unterstützung für die Position von Mogherini und es kam zu einer kollektiven Verurteilung der Verletzung der Redefreiheit in Saudi-Arabien. Der Aufruf, eine transparente, unabhängige und gründliche Untersuchung der Fakten durchzuführen, wurde ebenfalls begrüßt. In der Resolution fordert das Parlament das Einfrieren von Vermögenswerten und ein Waffenembargo.

Zulassung von Tierarzneimitteln (ALDE Schattenberichterstatterin)

Ab sofort haben wir ein neues Gesetz, das die Zulassung von Tierarzneimitteln regelt. Tier- und Humanarzneimittel waren bis jetzt in einem Verfahren festgeschrieben. Da aber Tierarzneimittel in anderer Form und Menge verabreicht werden als Medikamente in der Humanmedizin, ist es sinnvoll, dies gesetzlich getrennt zu regeln. So soll der Zugang zu Arzneimitteln für Tiere schneller möglich sein. Insbesondere wurde das Thema der Antibiotikaresistenz diskutiert, welches mir auch sehr am Herzen liegt. Niemand möchte, dass wir Antibiotika über unser Essen zu uns nehmen und so Resistenzen entwickeln. Die prophylaktische Vergabe von Antibiotika soll in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen und für einzelne Tiere erlaubt sein, nicht pauschal für ganze Herden. Antibiotikavergabe darf keine gute Tierhaltung ersetzen. Deshalb ist es gut, dass die prophylaktische Vergabe stark eingeschränkt wird und auch sachkundig von Tierärzten vorgenommen werden soll. Die Kommission wird außerdem eine Liste mit allein für Menschen vorbehaltene Antibiotika erstellen.

Der Text, der eine Einigung zwischen Rat und Parlament ist, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Sobald der Rat formal noch zustimmt, tritt das Gesetz nach Veröffentlichung in Kraft.

Situation in Venezuela

Die weitere Verschlechterung der humanitären und politischen Situation in Venezuela wurde in Straßburg besprochen. Mogherini forderte in einer zusätzlichen Rede die Wiederherstellung politischer Rechte und die Freilassung politischer Gefangener in der Bolivarischen Republik von Venezuela. Da diese Krise größtenteils politisch hervorgerufen wurde, sei die einzige richtige Lösung auch "politisch".

Die humanitären Bedürfnisse der Flüchtlinge sind auch von zentraler Bedeutung für die Lösung der Krise in Venezuela. Fast 3 Millionen Menschen sind bereits aus Venezuela in die Nachbarländer geflohen; unter ihnen viele die eine doppelte Staatsbürgerschaft mit europäischen Ländern teilen. Europas humanitäre Hilfe übersteigt bereits 35 Millionen Euro, aber diese Krise erfordert mehr als nur finanzielle Unterstützung. Ein wichtiger Vorschlag Mogherinis ist darum, eine "Kontaktgruppe" - mit den benachbarten lateinamerikanischen Staaten - zu schaffen. Diese Initiative könnte dazu beitragen, eine „freundliche“ Umgebung zu entwickeln, um den politischen Dialog mit Venezuela zu vereinfachen. Solch ein Dialog sollte den Schwerpunkt auf den Schutz der Grundrechte in Venezuela und den Aufbau eines stabilen demokratischen Staates legen. Zudem wurden auch Sanktionen gegen Maduro und die Ölindustrie in Venezuela gefordert.

Verbot von Plastikprodukten

Es vergeht kaum ein Tag ohne schockierende Erkenntnisse über die Verbreitung von Mikro- und Makroplastik in unseren Ozeanen, aber auch in unserem Körper. Das Europäische Parlament hat deswegen am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit für einen Maßnahmenkatalog gestimmt, um dieses Problem schrittweise in den Griff zu bekommen. Dabei geht es um Wegwerfprodukte aus Plastik. Diese machen 70% der 4.8 bis 12 Millionen Tonnen Plastikabfälle aus, die jährlich ins Meer gelangen. Wissenschaftler gehen davon aus, dass sich derzeit insgesamt rund 150 Millionen Tonnen in den Ozeanen angesammelt haben. Wenn es so weitergeht, könnte 2050 mehr Plastik den Ozean verschmutzen als dort Fische schwimmen. Um dieses Horrorszenario abzuwenden, habe ich mich in den vergangenen Jahren sehr für dieses Thema in Brüssel engagiert. Dabei konnte ich erfreulicherweise feststellen, wie sich immer mehr Abgeordnete für das Thema interessierten und engagierten.

Für mich ist das Thema Plastikmüll im Meer ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Brüssel eben nicht weit weg von den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern sind. Innerhalb kürzester Zeit hat die Kommission einen Vorschlag für Maßnahmen in Bezug auf die zehn am häufigsten an Stränden gefundenen Einwegkunststoffartikel erarbeitet. Das Parlament hat diesen Vorschlag in dieser Woche noch entscheidend verbessert. Die Maßnahmen sehen vor, dass Plastikartikel wie Einweggeschirr, Wattestäbchen oder Strohhalme bis 2021 vom Markt genommen werden sollen oder durch ein anderes Material als Plastik ersetzt werden. Auch soll der Verbrauch von Artikeln wie Sandwich- oder Burgerboxen bis zu 25 Prozent reduziert werden. Bis 2025 sollen dazu 90 Prozent von Artikeln wie Einweggetränkeflaschen reduziert werden. Das Parlament hat die Liste der Kommission noch um Tabakprodukte ergänzt. Dabei geht es um Zigarettenstummel, die in großem Maße weggeworfen werden, obwohl sie neben Plastik noch viele weitere Schadstoffe enthalten, die ein Problem für die Umwelt darstellen.

Als Liberale geht es mir bei diesen Maßnahmen nicht darum, bestimmte Artikel zu verbieten, sondern Innovation anzukurbeln. Die Kreislaufwirtschaft ist eine große Chance für Start-Ups. Die europäische Industrie sollte globaler Vorreiter in Bezug auf die Herstellung von Alternativen zu billigen Plastikprodukten werden, die oftmals unter fragwürdigen Bedingungen in Asien produziert werden. Das Plastikzeitalter, das derzeit die marine Flora und Fauna bedroht, kann nicht durch Verbote und Politik allein beendet werden, sondern durch Innovation und ein verändertes Konsumverhalten. Deswegen ist mir neben der Stärkung von Innovation und Forschung gerade die Aufklärung der Konsumenten besonders wichtig. Plastik ist ein

sehr wichtiges Material, das aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Allerdings ist es ökonomisch wie ökologisch nicht nachhaltig, Einwegprodukte aus einem Material zu produzieren, das bis zu 450 Jahre im Ozean überdauert.

Bevor die Maßnahmen endgültig in Kraft treten, stehen noch die Verhandlungen zwischen dem Parlament und dem Europäischen Rat an. Es sieht allerdings gut aus, dass diese noch vor der kommenden Europawahl abgeschlossen werden können.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatte(r)in)

Anfang Oktober wurde mein Bericht zu Hafenauffangeinrichtungen für Müll von Schiffen im Verkehrsausschuss abgestimmt. Dabei wurden alle Kompromisse angenommen, die wir mit den Schattenberichterstatte(r)ern ausgehandelt hatten. Der Verkehrsausschuss hat mehrheitlich für eine 100% indirekte Gebühr für Plastikmüll von Schiffen gestimmt, das heißt, die Müllabgabe soll automatisch mit den Hafengebühren eingezogen werden. Schiffe müssen zukünftig auch an jedem Hafen ihren Müll abgeben, es sei denn, sie können genügend geeigneten Lagerraum für Abfall und Abwasser an Bord nachweisen. Wenn jedes Schiff ohnehin beim Einlaufen in den Hafen für die Müllentsorgung zahlen muss, gibt es keinen finanziellen Anreiz mehr, Müll ins Meer zu kippen. Im Trilog müssen wir aber noch den schwierigen Punkt klären, wie Häfen mit unvorhersehbar großen Müllmengen einzelner Schiffe umgehen. Zusatzkosten für Schiffe sollten die Ausnahme bleiben. Sonst besteht die Gefahr, dass alles, was extra kostet, wieder im Ozean endet.

Wichtig ist auch, dass Fischer, in deren Netzen Müll als Beifang landet, diesen Müll kostenfrei am Hafen abgeben können, statt ihn wieder über Bord zu werfen. Deswegen rufen wir alle Mitgliedstaaten auf, sogenannte 'Fishing for Litter' Programme aufzulegen, aus denen die Entsorgung von gefischtem Müll finanziert wird. Schätzungen zufolge wird zwar ein Großteil des Plastikmülls über Flüsse und Küstenstreifen ins Meer gespült. Aber auch jedes Schiff, egal ob Fähre, Handelsschiff, Fischerboot oder kleine Yacht muss dazu beitragen, die Meere müllfrei zu halten. Das Plenum hat diese Woche nun auch das Mandat für Trilogverhandlungen bestätigt. Somit können wir wie geplant Anfang November mit der österreichischen Ratspräsidentschaft die Verhandlungen starten. Der Rat hat bereits im Juni eine Allgemeine Ausrichtung verabschiedet.

SEARICA: Die richtige Ausbildung für die Blaue Wirtschaft

Damit das blaue Wachstum in Zukunft weiter so erfolgreich bleibt, ist es wichtig, jungen Menschen die richtige Ausbildung zu ermöglichen. Oft sind Studiengänge eher traditionell ausgelegt mit einem Fokus auf beispielsweise die Naturwissenschaften, Ingenieurwesen oder Wirtschaft. Für Jobs in der Blauen Wirtschaft benötigt man allerdings ein multidisziplinäres Wissen aus vielen verschiedenen Bereichen. Um über dieses Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen von Politik und Wirtschaft in einer sich verändernden Welt und dem typischerweise traditionelleren Ansatz zur Ausbildung von Hochschulabsolventen innerhalb des Universitätssystems zu diskutieren, kamen Wissenschaftler, Industrievertreter aber auch Studenten zusammen.

Von den Studenten wurde betont, dass vor allem die Durchführung von Praktika eine sehr wertvolle Erfahrung ist, da praktische Erfahrungen gemacht werden, die im Studium sonst nicht erlernt werden. Seitens der Wissenschaftler wurde auch anerkannt, dass einige Lehrinhalte tatsächlich veraltet, bzw. nicht sehr relevant für einen Beruf in der Blauen Wirtschaft sind. Als Leiter einer Aquakultur-Farm reicht ein reines Biologie-Studium beispielsweise nicht aus. Man benötigt auch das Wissen von Ingenieuren, Wirtschaftswissenschaftlern und Ozeanografen. Deshalb konnte man sich darauf einigen, dass sogenannte „T-Studenten“ ideale Voraussetzungen für einen Beruf in der Blauen Wirtschaft haben: ein „T-Student“ hat eine professionelle Vertiefung in einer Fachrichtung, aber gleichzeitig ein breites Wissen in anderen Fachbereichen.

Schlechte Nachrichten für den Patentschutz? Aufhebung zusätzlicher Patente für Arzneimittel (ALDE Schattenberichterstatterin)

Viel wurde befürchtet, jedoch hat sich die Kommission in dieser Frage recht nüchtern gegeben. Aber von vorn. Wenn ein neues Arzneimittel erforscht und zugelassen ist, erhält es in der EU zehn Jahre Patentschutz. Weitere fünf Jahre („SPC“) sind möglich, da sich manchmal Untersuchungen und Versuche nicht vorhersehen lassen und somit länger dauern. Danach können Generikahersteller Billigversionen dieser teuren Arzneimittel produzieren, da der Patentschutz abgelaufen ist.

Die Kommission schlägt nun vor, für den Export in nicht EU Staaten die Produktion von Generika noch während des SPCs zu erlauben. Ihre Begründung, es sei schließlich besser, innerhalb der EU die günstigen Generika herzustellen als in Drittstaaten wie Asien oder Indien, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, da dies auch Arbeitsplätze schafft. Allerdings ist es auch ein gefährliches Signal an Drittstaaten wie die USA, die Forschungsstandorte in der EU haben, wenn der Patentschutz geschwächt wird. Die EU braucht forschende Industrie und deren Investitionen. Man muss deshalb sehr behutsam mit Zugeständnissen umgehen. Ich glaube, es wäre falsch, das sogenannte „Stockpiling“ zu legalisieren, also während des Patentschutzes für den Europäischen Markt produzieren zu dürfen, damit an Tag 1 nach Patent-Ablauf der Markt mit Generika bedient werden darf. Auch bin ich strikt gegen die Praxis des „Launch at Risk“, also die Produktion trotz bestehender Patente unter Inkaufnahme von Sanktionen (oder Nicht-Ahndung). Ebenso lehne ich es ab, die Aufhebung für erteilte oder beantragte Schutzzertifikate zu erlauben.

Derzeit sind erste Verhandlungsrunden mit meinen Kollegen aus den anderen Fraktionen im Umweltausschuss angesetzt, um sich auf Kompromisse zu einigen. Federführend befasst sich der Rechtsausschuss mit dem Thema, aber ich bin bereits mit den dort betrauten Kollegen in Gesprächen.

InvestEU: ein neues Investitionsprogramm für Europa (ALDE Schattenberichterstatterin)

Seit der Finanzkrise in 2008 hat sich die europäische Wirtschaft schon erheblich verbessert. Arbeitslosigkeit sinkt und die Investitionen steigen. Dennoch gibt es in Europa nach wie vor eine beträchtliche Investitionslücke. Deshalb hatte die Kommission 2014 einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), den sogenannte ‚Juncker Plan‘, geschaffen. Der Einsatz einer EU-Haushaltsgarantie soll öffentliche und private Investitionen in der EU mobilisieren und dadurch Marktversagen begegnen und Investitionslücken schließen.

Der Erfolg von EFSI hat die Kommission dazu ermuntert, diese Initiative durch ein ähnliches Programm namens InvestEU nach 2021 bis 2027 fortzuführen. Ähnlich wie EFSI, soll InvestEU durch eine EU-Haushaltsgarantie zusätzliche Investitionen in Höhe von 650 Mrd. EUR mobilisieren. Das Programm unterstützt Investitionen in 4 Bereichen: nachhaltige Infrastruktur; Forschung, Innovation und Digitalisierung; kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Investitionen und Kompetenzen. Anders als bei EFSI aber sollen regionale und nationale Förderbanken und internationale Finanzinstitutionen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank direkten Zugang an EU-Geld haben. Außerdem wird InvestEU die Vielzahl der derzeit verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumente unter einem Dach zusammenführen, wodurch die Finanzierung von Investitionsprojekten durch die EU einfacher, effizienter und flexibler wird. Schließlich soll InvestEU noch mehr als EFSI darauf abzielen, die politischen Ziele der EU durch diese Investitionen umgesetzt werden.

Als Schattenberichterstatterin der Liberalen für die Stellungnahme des Industrieausschusses achte ich besonders darauf, dass Investitionen in innovative Projekte fließen und dass KMUs einen vereinfachten Zugang zu Finanzierung haben.

Die genaue Zusammensetzung dieses Programms wird momentan noch im Ausschuss besprochen und die Stellungnahme des Industrieausschusses wird Anfang November abgestimmt.

Wie können wir unsere Ozeane wirtschaftlich und gleichzeitig nachhaltig nutzen?

Dieser spannenden Frage widmete sich eine Gesprächsrunde am 16. Oktober im Norwegen Haus. Durch den globalen Bevölkerungsanstieg und das stetige Wirtschaftswachstum sind unsere terrestrischen Ressourcen erschöpft. Aus diesem Grund wächst das Interesse am Ozean: Seine reichen Ressourcen können uns unter anderem bei der Strom- und Nahrungsversorgung helfen und gleichzeitig Jobs schaffen. Dabei betonen Sigi Gruber und Felix Leinemann, beide von der Kommission, dass Nachhaltigkeit der Leitfaden des Blauen Wachstums ist. Das Blaue Wachstum, die nachhaltige Nutzung von ozeanischen Ressourcen für das Wirtschaftswachstum, hat großes Potential. Neue Industriesektoren beinhalten zum Beispiel die innovative Aquakultur, die Kreislaufwirtschaft, blaue Biotechnologie oder die Algenproduktion. Selbst von Wissenschaftlern wird schon vorgeschlagen, dass eine Verhaltensänderung hin zum Algenkonsum ökologisch nachhaltig und wirtschaftlich vertretbar ist. Dies hilft zum Beispiel überfischte Fischpopulationen zu schützen und ist für die Ernährung auch gesund. Um das Blaue Wachstum noch weiter zu fördern benötigen wir noch mehr Forschung und Innovationen. Aus diesem Grund ist es sehr erfreulich, dass der Ozean besondere Beachtung im neuen Horizon Europe, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Kommission, Beachtung findet.

Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform

- **Im Trilog:**
Mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ACER, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr, ENISA (Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich)
- **Demnächst im Trilog:**
HTA (Gesundheitstechnologien – ALDE-Berichterstatterin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Clean Vehicles, Gesetze zur Plastikstrategie
- **Im Ausschuss:**
Ergänzende Schutzzertifikate und Patentrechtliche Forschungsprivilegien - SPC Waiver (ALDE-Berichterstatterin), CO2 für schwere Nutzfahrzeuge, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU, Programm 2021-2027, Maritime Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere – ALDE-Berichterstatterin)

II. Aus Deutschland und aller Welt

BBC Kent Breakfast Interview über den Brexit

Am 18. Oktober hatte ich die Gelegenheit, meine Ansichten zum Europäischen Brexit-Gipfel am 17. Oktober zu teilen. Während eines kurzen Interviews für BBC Radio Kent Breakfast unterstrich und wiederholte ich meine Position über den Brexit, nämlich, dass eine zweite Abstimmung erlaubt werden sollte, die den Briten eine Chance gibt, den Brexit rückgängig zu machen.

Ich hoffe, dass die Verhandlungen unter den europäischen Staats- und Regierungschefs und im Europäischen Parlament, noch zu einem vorteilhaften Abkommen führen können. Die Konsequenzen eines ‚No-deals‘ würden nämlich unter Umständen den Transportsektor nach und aus Großbritannien schwer treffen. Ohne Abkommen wird beispielsweise der Transport, sei es touristischer oder kommerzieller Transport, ab dem 29. März nahezu unmöglich werden.

Dies würde zweifellos zusätzliche schwerwiegende Nebenwirkungen für die gesamte Wirtschaft in unserem Binnenmarkt verursachen.

Santo Domingo: Konferenz des Liberalen Netzwerks Lateinamerika (RELIAL)

Es war für mich nicht die erste RELIAL-Konferenz, in früheren Jahren hatte ich schon in Panama, Mexiko und Buenos Aires teilgenommen. Dieses Mal trafen meine beiden ALDE-Kolleginnen Renate (Rumänien), Izaskun (Spanien/ Baskenland) und ich Liberale aus ganz Lateinamerika auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Dominikanischen Republik. Es ist immer wieder spannend, bei so einer Gelegenheit neue Bekanntschaften zu schließen und natürlich aktuelle politische "Updates" über die Lage in den einzelnen Ländern zu bekommen. Berichtet wurde aus allen Ländern, aber im Fokus standen natürlich besonders Venezuela und Honduras. Auch die Wahlen in Brasilien bereiten vielen Sorge: dort sind traditionell sehr viele (oft mehr als 20) kleine Fraktionen im Parlament vertreten, 10 % kann schon zur größten Gruppe reichen, und das macht die Regierungsbildung alles andere als einfach und wenig vorhersehbar.

Neben den Länderberichten standen auch Podiumsdiskussionen an. Ich durfte bei einer Runde über "Verteidigen der Freiheit in Netzwerken" die europäische Ebene vertreten und aus der Arbeit im Parlament aber auch in der Europäischen Union berichten. Schön war es, aber auch anstrengend - und ohne Jetlag geht so ein Trip über nur 4 Tage in verschiedenen Zeitzonen und Klimabedingungen nicht.

IV. Terminvorschau

29.-30.11.	Bali	Our Ocean Kongress
5.-8.11.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog
8.-10.11.	Madrid	ALDE-Kongress
11.11.	Berlin	Freiheitskonvent Europe
12.-15.11.	Straßburg	Plenum, Fraktion
17.11.	Hannover	FDP-Landesvorstand
19.-22.11.	Brüssel	Ausschüsse
19.11.	Brüssel	FNF-Jubiläum

26. Oktober 2018